



Thomas Silberhorn besucht Bundeswehrsoldaten im Auslandseinsatz in Mali. (Foto: BSZ)

## „Ohne Sicherheit keine wirtschaftliche Entwicklung“

### INTERVIEW

Verteidigungsstaatssekretär Thomas Silberhorn (CSU) über Rüstungsexporte, Auslandseinsätze und Entwicklungspolitik.

Vor seiner Zeit als Verteidigungsstaatssekretär war Thomas Silberhorn als Bundestagsabgeordneter Sprecher der CSU-Landesgruppe für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Entwicklung, Auswärtiges, EU-Angelegenheiten, Verteidigung, Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Wir sprachen mit ihm darüber, wie diese Bereiche ineinandergreifen und welche Exportchancen daraus erwachsen.

**BSZ** Herr Silberhorn, lassen sich diese Politikfelder heute noch abgrenzen?

**THOMAS SILBERHORN** Zuständigkeiten lassen sich natürlich abgrenzen, und auch die Instrumente sind verschieden. Aber im Kern geht es immer darum: Ohne ein Mindestmaß an Sicherheit kann keine wirtschaftliche Entwicklung stattfinden und ohne eine selbsttragende Entwicklung auf Dauer keine Sicherheit gewährleistet werden.

**BSZ** *Sind Syrien und Irak die aktuellsten Beispiele?*

**SILBERHORN** Nicht allein, doch beide Länder führen uns tagtäglich vor Augen, dass die menschenverachtende Gewalt von Anhängern des sogenannten „IS“ (Islamischer Staat) nur mit militärischen Mitteln beendet werden kann; wer hier nicht handelt, trägt aber ebenso eine schwere Verantwortung. Es ist auch klar, dass tiefer liegende Konfliktursachen nicht mit militärischen Mitteln zu beseitigen sind. Das Militär kann nur die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Wiederaufbau und Versöhnung mit Diplomatie, Entwicklung und wirtschaftlicher Zusammenarbeit unterstützt werden können.

**BSZ** *Vielfach wird beklagt, dass auf die frühere „Weltpolizei“ USA kaum mehr Verlass ist und die Europäische Union in der Weltpolitik militärisch wie politisch keine Rolle spielt. Aber beim Wiederaufbau der Wirtschaft sollen dann EU und Deutschland mitzahlen. Kann man das ohne jede politische Mitsprache?*

*„Ohne Rüstungsexporte sind teure Neuentwicklungen unserer Wehrindustrie nicht zu finanzieren“*

**SILBERHORN** Nein. Aber ich sehe die Weltmacht USA durchaus als verlässlichen Partner im NATO-Bündnis. Doch wahr ist auch, dass die USA uns Europäer zuerst in der Verantwortung sehen, wenn es um die Stabilität auf dem Balkan, im Nahen Osten und in Nordafrika geht. Deshalb führt kein Weg daran vorbei, dass wir Deutsche und unsere europäischen Partner mehr Verantwortung für die Stabilität in unserer unmittelbaren Nachbarschaft und damit für unsere eigene Sicherheit übernehmen müssen. Wer sich dieser auch militärischen Aufgabe nicht stellt, wird in der Tat politisch nicht ernst genommen, bestenfalls noch ignoriert.

**BSZ** *Hat Bundesverteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer deshalb Vorschläge in die internationale Diskussion über Syrien eingebracht?*

**SILBERHORN** Ja, denn wer strategische Debatten über Sicherheitspolitik mitgestalten will, muss gelegentlich über ein bloßes Gesprächsangebot hinaus die Initiative ergreifen. Das hat sie getan. Reflexhafte Reaktionen belegen ja, wie schwer wir uns tun, konkrete Lösungswege aufzuzeigen.

**BSZ** *Glauben Sie, dass man ohne international militärisch kontrollierte Sicherheit, sowie ohne massive wirtschaftliche Hilfe die Millionen geflüchteter Syrer wieder in ihr Heimatland zurückschicken kann?*

**SILBERHORN** Das ist kaum vorstellbar. Das Assad-Regime ist für grauenhafte Verbrechen verantwortlich und offenkundig weder in der Lage noch willens, die eigene Bevölkerung zu schützen. Unter russischer Lufthoheit werden nach wie vor Fassbomben eingesetzt, die auch die Zivilbevölkerung deutlich in Mitleidenschaft zieht. Die Türkei verfolgt nur ihre eigenen Interessen. Derzeit kann noch nicht einmal der Zugang zu Hilfsleistungen der Vereinten

Nationen ausreichend gewährleistet werden. So ist wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht möglich.

**BSZ** *Sollen sich die EU und Deutschland beim Aufbau der politischen Nachkriegsordnung und der militärischen Sicherheit in der umkämpften Region heraushalten?*

**SILBERHORN** Nichts zu tun, wäre verantwortungslos. Für den Wiederaufbau in Syrien liegt aber die vorrangige Verantwortung bei Russland, das dem Assad-Regime erhebliche Unterstützung leistet. Die von den beiden zu verantwortenden Schäden können Deutschland und der EU nicht einfach in Rechnung gestellt werden. Aber beim Wiederaufbau werden Russland und Syrien wirtschaftlich schnell an ihre Grenzen stoßen und Hilfe der internationalen Gemeinschaft brauchen. Sie können oder wollen ja den Schutz aller Bürger, namentlich zurückkehrender Flüchtlinge, nicht selbst organisieren. Außerdem muss sichergestellt werden, dass der „IS“ weiter bekämpft wird, weil seine Netzwerke nicht zerschlagen sind, sondern im Untergrund fortbestehen.

**BSZ** *Soll Europa Syrien politisch Russland überlassen, aber beim Neuaufbau der Wirtschaft mithelfen?*

**SILBERHORN** Ganz unabhängig von Syrien müssen wir Europäer unsere Rolle in der Sicherheitspolitik wie in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit neu definieren. Die Stabilität auf dem Balkan, im Nahen Osten und in Nordafrika liegt in unserem gemeinsamen strategischen Interesse. Daraus müssen wir – insbesondere Deutschland, Frankreich und Großbritannien – koordiniertes Handeln ableiten, denn mit guten Ratschlägen ist es da nicht getan. In Syrien haben Russland und die Türkei bereits Fakten geschaffen. In Libyen kommt es jetzt erneut auf gemeinsames europäisches Handeln an.

**BSZ** *Die deutschen Parteien sind sich einig, dass die Krisen und Konflikte in der Ostukraine, in Syrien, Libyen und im Iran ohne Russland nicht zu lösen sind und dass Europa militärisch wie politisch unabhängiger von den USA werden soll. Da wären doch mehr Initiativen für ein besseres Verhältnis zu Russland notwendig?*

**SILBERHORN** Russland setzt auf Machtpolitik und Dominanz gegenüber seinen Nachbarn. Das ist ein Fehler und führt dazu, dass immer mehr Staaten den Schutz der NATO suchen. Wo Souveränität und territoriale Integrität infrage stehen, da hilft kein Appeasement, sondern nur das klare Bekenntnis zum universellen Völkerrecht. Aber auch die EU hat Fehler gemacht, ihre Nachbarschaftspolitik nicht ausreichend angepasst. Die große Vielfalt in Europa erfordert mehr Flexibilität und maßgeschneiderte Lösungen. Das gilt gerade auch im Verhältnis zu Russland.

**BSZ** *Bundesentwicklungsminister Gerd Müller appelliert an die deutsche Wirtschaft, sich in Afrika stärker mit Investitionen zu engagieren. Können denn Unternehmen dieses Risiko eingehen, wenn dort noch Instabilität, Bürgerkriege und islamischer Terror drohen?*

**SILBERHORN** Das können sie, wenn auch nicht überall. Konflikte prägen eben unsere Wahrnehmung, erst recht wenn die Bundeswehr mit im Einsatz ist. Aber natürlich ist Afrika sehr viel größer und bunter als unser oft recht enger Blickwinkel aus Medieninformation. Afrikas junge Bevölkerung – Durchschnittsalter 18 Jahre – entfacht eine ungeheure Dynamik, die Entwicklungssprünge möglich macht. Wer da den Anschluss nicht verpassen will, muss in

Afrika wirtschaftlich präsent sein und investieren. Die Chinesen sind schon längst da, für die deutsche Wirtschaft wird es daher höchste Zeit.

**BSZ** *Rüstungsexporte sind in Deutschland umstritten. Sie nützen aber nicht nur unserer starken Wehrindustrie und deren Zulieferern auch in Bayern. Dienen sie nicht auch dazu, dass Regierungen die Sicherheit ihrer Bürger und Wirtschaft selbst verteidigen können?*

**SILBERHORN** Trotz steigender Waffenlieferungen vor allem an NATO-Partner verfolgt Deutschland eine restriktive Politik bei Rüstungsexporten: Die müssen im öffentlichen Interesse liegen, was nur im Einzelfall nach schwierigen Abwägungen zu entscheiden ist.

**BSZ** *Zum Beispiel auch im zentralafrikanischen Mali?*

**SILBERHORN** Dort ist unser äußerst schwieriges Engagement darauf ausgerichtet, dass die Regierung ihrer Verantwortung für Sicherheit im ganzen Land nachkommen kann. Dazu bilden wir malische Sicherheitskräfte aus. Aber Ausrüstung brauchen sie schon auch! Hier sollte die EU halt gemeinsam vorgehen, um den islamistischen Terror energischer zu bekämpfen!

**BSZ** *Viele deutsche Parteien sind zwar für beste Ausrüstung der Bundeswehr, aber gegen Waffenexporte und gegen Erhöhung des Wehretats. Hilft da mehr europäische Kooperation und eine höhere Stückzahl?*

*„Wir erwarten dann die geforderte Qualität im vereinbarten Zeit- und Kostenrahmen“*

**SILBERHORN** Ohne Rüstungsexporte sind teure Neuentwicklungen unserer Wehrindustrie nicht zu finanzieren und ist europäische Kooperation nicht möglich. Es ist breiter Konsens, dass unsere Soldaten die bestmögliche Ausrüstung verdienen; dem kommt der Deutsche Bundestag mit großer Mehrheit nach. Allerdings macht die Vielfalt an Waffensystemen uns und den europäischen Partnern zu schaffen. Hier müssen wir mehr auf gemeinsame Plattformen wie Future Combat Air System und Main Ground Combat System setzen. Das erfordert gemeinsame Planung und Finanzierung, ermöglicht aber auch gemeinsame Nutzung von Ausbildung bis Einsatz.

**BSZ** *Manche Potentaten armer Länder geben Geld für teure Rüstung als Prestige aus. Soll man solchen Staaten noch Geld für die Bekämpfung von Armut geben?*

**SILBERHORN** Armut herrscht insbesondere dort, wo die Bevölkerung nicht an wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung partizipiert. Prestigeprojekte sind ein Indiz dafür – nicht nur bei Rüstung, auch bei manchen Infrastrukturvorhaben oder beim Export von Rohstoffen und Urprodukten. Unsere Entwicklungspolitik fördert deshalb Transparenz, Weiterverarbeitung in Wertschöpfungsketten, berufliche Bildung und Unternehmensgründung, sowie nachhaltige Finanzpolitik. Ich halte es für richtig, gezielt die Staaten zu stärken, deren Regierungen ihre Verantwortung wahrnehmen, indem sie Steuern einziehen und selbst in Bildung und Gesundheit investieren.



**BSZ** *Mängel an Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr ziehen viel Kritik und Spott nach sich. Wo sehen Sie die Ursachen und wie kann die neue Ministerin die Pannen künftig beheben?*

**SILBERHORN** Die Bundeswehr hat durch den Sparkurs vergangener Jahre und die Konzentration auf Auslandseinsätze empfindliche Fähigkeitslücken hinnehmen müssen. Seit 2014 wächst die Bundeswehr wieder – bei Finanzen, Personal und Material. Aber bis die Zielstrukturen erreicht sind, wird es Wachstumsschmerzen geben. Den größten Handlungsbedarf sehe ich darin, die Planungs- und Beschaffungswege zu vereinfachen und zu beschleunigen. Vollausrüstung setzt vollständige Planung auch für Ersatzteile und Instandsetzung voraus und erfordert kluge Vertragsgestaltungen. Die Ministerin hat das klar erkannt und arbeitet daran.

**BSZ** *Was bedeuten unsere der NATO zugesagten höheren Verteidigungsausgaben für Bayerns Wehrindustrie und ihre vielen Zulieferfirmen?*

**SILBERHORN** Das Bundesverteidigungsministerium hat nicht nur einen Zeitplan, seine Ausgaben bis 2031 auf zwei Prozent unserer volkswirtschaftlichen Leistung zu steigern. Wir hinterlegen das auch mit einem klaren Profil an militärischen Fähigkeiten, die wir damit finanzieren wollen. Für die Industrie heißt die Botschaft: Mehr Geld gibt es nur für mehr Leistung. Wir erwarten dann die geforderte Qualität im vereinbarten Zeit- und Kostenrahmen! Und wir erwarten als einer der größten öffentlichen Auftraggeber, dass wir künftig als „Premium-Kunde“ behandelt werden – bei Beschaffung wie bei Instandsetzung! Das betrifft natürlich auch die in Bayern sehr starke Wehrindustrie.

Interview: HANNES BURGER